

Heiner Geißler: Unsere Chancen sind gut

Auch Hamburg und Rheinland-Pfalz brauchen eine verlässliche Regierung

Die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Hamburg sind Richtungswahlen. Unsere Chancen für einen Wahlsieg in Rheinland-Pfalz und Hamburg sind gut. Wer will, daß Bernhard Vogel in Rheinland-Pfalz weiterregiert und wer will, daß Hamburg eine stabile und verlässliche Regierung erhält, muß CDU wählen. Das erklärte Generalsekretär Heiner Geißler am Montag, 4. Mai 1987 auf einer Pressekonferenz im Anschluß an eine Sitzung des Parteipräsidiums der CDU.

Aber noch sind die Wahlen nicht gewonnen. In den letzten Wochen des Wahlkampfes wird es auf zwei Dinge besonders ankommen:

- Wir müssen unsere Anhänger und Wähler mobilisieren.
- Wir müssen vor allem solche sozialdemokratischen Wähler gewinnen, die mit dem jetzigen Kurs ihrer Partei unzufrieden sind.

Wie bei der Bundestagswahl und bei der Landtagswahl in Hessen wird die CDU die inhaltliche und programmatische Auseinandersetzung mit der SPD und mit den Grünen führen. Dabei wird sie die folgenden sechs Punkte in den Mittelpunkt ihrer Argumentation stellen:

1. Nur Volksparteien können in einer Zeit des technologischen Wandels die Zukunft unseres Landes

HEUTE AKTUELL

● ABRÜSTUNG

Die CDU sei keine Nach- und keine Aufrüstungspartei, sondern eine Partei der Abrüstung, erklärte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler. Die Bereitschaft der Sowjetunion zu einer Nulllösung bei den Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite zu kommen, sei ein Erfolg der Politik des Bundeskanzlers gegen den Widerstand der SPD. Geißler stellte aber auch klar, daß am Ende der Abrüstungsverhandlungen Europa nicht einer konventionellen Übermacht der Sowjetunion gegenüberstehen dürfe. Seite 5

● ARBEITSMARKT

Die Zahl der Arbeitslosen ist im April deutlich gesunken. Der klare Kurs der Bundesregierung in der Beschäftigungspolitik wird dazu führen, daß die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten noch weiter abnehmen wird. Seite 13

● DOKUMENTATION

Eine Bestandsaufnahme der innerdeutschen Beziehungen. Grüner Teil

gestalten, weil nur sie dem Gemeinwohl verpflichtet sind und die Anliegen aller Bürger ins Zentrum ihrer Politik stellen. Die CDU ist gegenwärtig die einzige große deutsche Volkspartei.

Die SPD ist keine Volkspartei mehr. In ihr haben in den Funktionärskadern und an der Basis die Ökosozialisten die Mehrheit, die nicht mehr zu den Arbeitnehmern gehören, sondern zu einer neuen akademisierten „Parteielite“. Die alten Godesberger Sozialdemokraten, die ihre politischen Wurzeln in der Arbeiterbewegung haben und zu deren Zeit die SPD eine Volkspartei war, wurden von den Ökosozialisten an den Rand gedrängt. Die SPD vertritt nicht mehr die breiten Interessen der Bevölkerung und hat sich von ihrer eigenen Wählerschaft entfernt. Hessen hat gezeigt, daß immer mehr Wähler diese Entwicklung in der SPD sehen und sich deshalb von der SPD abwenden.

2. Die CDU ist die Zukunftspartei, die die Weichen für eine schöpferische Zukunftsgestaltung stellt, damit die Bundesrepublik Deutschland den großen wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Herausforderungen gewachsen ist, die in den neunziger Jahren auf sie zukommen. Dabei scheuen wir uns auch nicht, heiße Eisen anzufassen und wenn es notwendig ist, auch unbequeme Antworten zu geben. Wir passen uns nicht opportunistisch Stimmungen an. In der Umweltpolitik haben wir einschneidende Entscheidungen getroffen (TA Luft, Großfeuerungsanlagenverordnung, Ausdehnung der Gefährdungshaftung, Verbot gefährlicher Stoffe); in der Energiepolitik setzen wir unseren Kurs fort, der auf die gemeinsame Nutzung aller Energieträger (Kohle, Kernenergie) und die Entwicklung und den Ausbau neuer Energieformen setzt. Hessen hat gezeigt, daß die Wähler eine klare politische

Linie wollen. Auch deshalb hat die CDU in Hessen die Wahl gewonnen.

Die SPD paßt sich opportunistisch Stimmungen an. 13 Jahre lang war sie an der Spitze der Kernenergiebefürworter und hat Genehmigungen für den Betrieb von Kernkraftwerken erteilt; jetzt will sie aussteigen. Sie ist deshalb nicht in der Lage, die Zukunft zu gestalten. Gemeinsam mit den Grünen macht sie den Menschen mit Krisentheorien, Katastrophenszenarien und Untergangsgemälden Angst vor der Zukunft.

All dies zeigt: Die SPD steckt in einer tiefen Identitätskrise. Sie ist ohne geistige Führung, gespalten in Sozialdemokraten und Ökosozialisten und so ohne klare politische Perspektive. Die SPD hat keine einheitliche wirtschaftspolitische Konzeption, ihr Verhältnis zur Sozialen Marktwirtschaft ist zwiespältig, in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik ist sie tief gespalten.

3. Wie bei der Bundestagswahl und bei der Landtagswahl in Hessen täuscht die SPD die Wähler über ihr wirkliches Wahlziel. Sie kann sowohl in Rheinland-Pfalz als auch in Hamburg ohne die Grünen nicht regieren. Die SPD hat in beiden Ländern keine Chance auf eine absolute Mehrheit. Es geht deshalb in beiden Ländern um eine politische Richtungsentscheidung zwischen einem unsicheren und regierungsunfähigen rot-grünen Lager und einer stabilen und zukunftsorientierten Politik der Mitte.

4. Das Ergebnis der Landtagswahl in Hessen hat gezeigt, daß die Wähler stabile Regierungen wollen. SPD und Grüne sind zu stabilen Regierungen unfähig. Die Konzeptionslosigkeit der SPD in Hessen und der Dogmatismus und die Ideologie der Grünen haben Hessen unregierbar gemacht und zum Bruch der rot-grünen Koalition geführt.

Rot-grüne Regierungsbündnisse auch in Rheinland-Pfalz und in Hamburg würden zu Unberechenbarkeit, Unsicherheit und Krisen wie in Hessen führen.

Nur die CDU als moderne, sozial aufgeschlossene und bürgernahe Volkspartei findet für ihre Politik eine breite Zustimmung bei den Bürgern, die sie in die Lage versetzt, mit stabilen Mehrheiten zu regieren.

5. Die Folgen von rot-grünen Bündnissen in Rheinland-Pfalz und Hamburg wären

- eine Gefahr für Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit,
- eine Gefahr für den inneren Frieden und den freiheitlichen Rechtsstaat,
- eine Gefahr für die Umwelt und die Energieversorgung,
- eine Gefahr für das Leben und die Familie,
- eine Gefahr für den äußeren Frieden.

6. Die CDU hat in Rheinland-Pfalz mit Bernhard Vogel und in Hamburg mit Hartmut Perschau eine klare Führung, die den Wählern und Wählerinnen sagt, wie die CDU Rheinland-Pfalz und Hamburg in Zukunft gestalten will.

Die SPD in Rheinland-Pfalz und in Hamburg ist führungslos:

- Der Spitzenkandidat der SPD in Rheinland-Pfalz, Rudolf Scharping, behauptet, „die SPD kämpfe nicht um eine Zusammenarbeit mit den Grünen“ (Süddeutsche Zeitung vom 2. Februar 1987), gleichzeitig hat er seine Bereitschaft erklärt, sich von den Grünen zum Ministerpräsidenten wählen zu lassen (Die Welt vom 5. Februar 1987) und betont, man müsse mit den Grünen „auch so reden wie mit den anderen“ (Die Rheinpfalz vom 29. Januar 1987).

- In Hamburg betreibt die SPD Etikettenschwindel, weil sie mit einem Kandidaten in den Wahlkampf geht, der in der

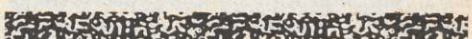
eigenen Partei keine Mehrheit hat und wahrscheinlich nach der Wahl gar nicht mehr zur Verfügung steht. Dohnanyi hat in der SPD die Funktion, bürgerliche Wähler anzusprechen und darüber hinwegzutäuschen, daß starke Kräfte in der SPD auf rot-grün festgelegt sind. Es ist ein Skandal, daß die Wähler in Hamburg zum dritten Mal an die Wahlurnen gehen müssen, weil die SPD zu einer regierungsfähigen Koalition, die mit der CDU möglich gewesen wäre, wegen ihrer inneren Zerrissenheit nicht in der Lage war.



Münchner Stadträte verlassen SPD

Die knappe rot-grüne Mehrheit im Münchner Stadtparlament ist am 23. April nach drei Jahren durch den Austritt von zwei SPD-Stadträten aus ihrer Partei zu Ende gegangen. Die langjährigen Parteimitglieder Peter Kripp und Doris Henkel, die weiter im Stadtrat bleiben wollen, begründeten ihren Schritt unter anderem damit, daß innerhalb der Partei eine „Hexenjagd“ auf sie stattgefunden habe und daß mit ihrem Austritt „die tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse im Münchner Stadtrat sichtbar gemacht“ würden.

Der Parteaustritt der beiden bisherigen SPD-Stadträte ist nach den Worten des Münchner Oberbürgermeisters Georg Kronawitter (SPD) kein kommunalpolitischer Einzelfall, sondern ein Indiz für die bundesweite Situation der SPD. Im Deutschlandfunk sagte Kronawitter am 24. April, er hoffe, seine Partei werde über die Fehler, die sie insbesondere seit dem Wahltag am 25. Januar bundesweit und in München gemacht habe, nachdenken und aus ihnen lernen.



Bernhard Vogel:

Bis zuletzt um die Stimmen der Bürger kämpfen

In Rheinland-Pfalz und Hamburg wählen die Bürger am 17. Mai ein neues Landesparlament. Nach der Bestätigung der Regierung Helmut Kohls im Januar und dem großartigen Sieg Walter Wallmanns vor ein paar Wochen in Hessen stellen sich nunmehr Ministerpräsident Bernhard Vogel und Hartmut Perschau dem Votum der Wähler.

An der Alster geht es darum, endlich die hamburgischen Verhältnisse zu beenden. In Rheinland-Pfalz kämpft die CDU um eine regierungsfähige Mehrheit. Auf dem Spiel steht die Zukunft des Landes. Denn nur eine CDU-Mehrheit kann verhindern, daß all das, was die Union in 40 Jahren mit den Bürgern und für die Bürger des Landes geschaffen und erreicht hat, zum Spielball einer rot-grünen Politik in Rheinland-Pfalz wird.

Um dieses rot-grüne Desaster abzuwenden, braucht die CDU jede Stimme. Es wäre deshalb verhängnisvoll, wenn sich der eine oder andere in falscher Siegesicherheit wiegen würde und bei den Wählern den Eindruck erweckte, ihre Stimme sei gar nicht mehr gefragt.

Der Parteivorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel, appelliert deshalb noch einmal dringend an alle Parteifreunde, bis zuletzt um die Stimmen der Bürger zu kämpfen. Wahlen sind erst entschieden, wenn um 18 Uhr die Wahllokale schließen. Bis dahin gilt es, vor Ort präsent zu sein und Flagge zu zeigen. Das heißt vor allem, den Bürgern eindringlich klarzumachen, daß diese Wahl auf keinen Fall schon gewonnen ist. Es gilt, ihnen drastisch vor Augen zu führen, daß jeder der nicht zur Wahl geht oder aus einer vielleicht vordergründigen Verärgerung heraus die Union nicht wählt, sich hinterher

nicht wundern darf, wenn die CDU ihre Mehrheit nicht schafft und buchstäblich über Nacht in Rheinland-Pfalz eine rot-grüne Mehrheit das Regiment übernimmt.

Weil diese Wahl nach den Worten Vogels ein Volksentscheid ist, der über die Zukunft des Landes entscheidet, werden auch die scheinbar nebensächlichen Routine-Dinge in den letzten Tagen vor dem Wahltag besonders wichtig:

Letzte Tips

- Um „präsent“ zu sein, ist es wichtig, ramponierte Plakate in Ordnung zu bringen oder nachzuplatkieren.
- Noch wichtiger ist es, an den letzten Tagen mit möglichst vielen Ständen auf Straßen und Plätzen oder vor Fabrikoren Flagge zu zeigen und die Bürger mit Informationen zu versorgen.
- Auf jeden Fall auch dafür sorgen, daß die „Zeitung am Wochenende“ vor dem Wahlsonntag noch ein drittes Mal rechtzeitig in die Haushalte und Briefkästen kommt.
- Auf keinen Fall die Fahrbereitschaft vergessen! Rechtzeitig und deutlich sichtbar in der örtlichen Zeitung bekanntgeben, wohin sich behinderte oder ältere Bürger wenden müssen, die zum Wahllokal gefahren werden möchten.
- Auf die Briefwahl ist unbedingt hinzuweisen. Jeder, der aus einem wichtigen Grund das Wahllokal nicht aufsuchen kann, kann schon heute seine Stimme per Brief abgeben.
- Auch sollte nicht vergessen werden am Wahlsonntag vor dem Wahllokal Plakate aufzustellen. Für alle, die sich noch nicht entschieden haben, ist dies ein letzter Hinweis.

Die Null-Lösung – ein großer Erfolg der CDU und des Bundeskanzlers

**Auszüge aus einer Rede des
CDU-Generalsekretärs Heiner
Geißler zur Abrüstungspolitik der
Christlich Demokratischen Union
Deutschlands**

Wir haben mit dem NATO-Doppelbeschluß, den wir immer als einen „Fahrplan zur Null-Lösung“ bezeichnet haben, eine ganze Wahlkampf-Kampagne bestritten in einer der heftigsten innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Nachkriegsgeschichte. Die Forderung nach der Null-Lösung ist ja nicht von der Sowjetunion gekommen, wie manche Äußerungen heute fast glauben machen, sondern die Null-Lösung bei den Mittelstrecken längerer Reichweite ist eine Forderung des Westens gewesen, eine Forderung der NATO, eine Forderung der Bundesregierung, eine Forderung der Union.

Die Sowjetunion hat über acht Jahre hindurch diese Forderung nicht erfüllt. Warum? Weil sie geglaubt hat, sie könne getreu der leninistischen Strategie mit Hilfe innenpolitischer Entwicklungen in den westlichen Demokratien die Ziele ihrer eigenen West- und Außenpolitik durchsetzen.

Die Sowjetunion war ab 1979 der Auffassung, daß sie mit Hilfe der Sozialdemokraten, der Grünen, der Kommunisten und der aufkommenden Friedensbewegung den NATO-Doppelbeschluß, d. h. die Null-Lösung zu Fall bringen könnte. Und es war ihr klar, daß dies der Anfang vom Ende der NATO gewesen wäre.

Diese Strategie der Sowjetunion ist durch die Union, durch den Bundeskanzler und

die Bundesregierung verhindert worden. Das Ergebnis ist, daß, was wir vorausgesagt haben, die Sowjetunion sich auf die Realitäten eingestellt und jetzt unseren Vorschlag akzeptiert hat.

Ich darf doch noch einmal daran erinnern: Die Christlich Demokratische Union hat in insgesamt 10000 Friedensstagen fast in jedem Ortsverband der Christlich Demokratischen Union diese Konzeption in heftigster Auseinandersetzung mit Sozialdemokraten, Kommunisten, der Friedensbewegung vertreten.

Wir haben den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland gesagt: Wir wollen diese Raketen nicht. Wir fordern die Sowjetunion auf, ihre Raketen abzubauen, dann stellen wir bei uns keine auf. Aber wir lassen uns nicht jahrelang an der Nase herumführen. Es muß einen Punkt geben, von dem ab die Sowjetunion weiß: So kann es nicht mehr weitergehen. Wir stellen dann die Pershing und die Cruise missiles auf.

Das war, wenn man so will, ein fast revolutionärer Akt in der Abrüstungspolitik, indem wir nämlich zum ersten Mal nicht Obergrenzen bestehender Waffen gefordert haben, sondern gesagt haben: Waffen, die die anderen haben, die stellen wir bei uns erst gar nicht auf. Wir verlangen, daß die anderen sozusagen einseitig abrüsten.

Damit haben wir auch in der moralischen Begründung unserer Verteidigungspolitik die Auseinandersetzung geführt. Und wir haben sie gewonnen. Dafür haben wir Mehrheiten bekommen in der Bundesrepublik Deutschland.

Jetzt geht die Sowjetunion auf unseren Vorschlag ein. Und ich unterstütze den Bundeskanzler, wenn er die Bitte äußert, daß wir in dieser Situation innenpolitisch wie außenpolitisch das, was wir 1982 und 1983 gefordert haben, jetzt nicht im nachhinein als Fehler darstellen, sondern als einen der größten verteidigungs- und abrüstungspolitischen Erfolge, die die Union je zu verzeichnen hatte.

Dieses Ergebnis lassen wir uns nicht wegnehmen.

Wir müssen uns mit unserer verteidigungspolitischen Konzeption verständlich machen. Diese Diskussion spielt sich nicht nur ab in „hochpolitisierten Randzirkeln“ von Fachleuten, sondern sie wird geführt mitten im deutschen Volk.

Ich kann den geistigen Hintergrund dieser ganzen Auseinandersetzung doch nicht außer acht lassen. Wir haben doch nicht nur die Aufgabe, militärpolitische und andere Argumente zu gewichten. Ich nehme ja diese Argumente ernst.

Soll ich jetzt vielleicht annehmen, daß diejenigen, die damals die Null-Lösung gefordert haben, insgeheim sich gesagt haben: Die Forderung stellen wir auf; aber die können wir deswegen aufstellen, weil wir es gar nicht ernst meinen, weil die Sowjetunion zu diesen Vorstellungen nie JA sagen wird.

Sollen wir etwa jetzt so argumentieren oder die anderen gegen uns argumentieren lassen?

Der Papst war in den letzten Tagen in Deutschland. Der Papst hat die Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen verlangt. Dies hören die Menschen.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen 1983 haben die katholischen Bischöfe ein Hirtenwort erlassen „Opus Justitiae Pax, Gerechtigkeit schafft Frieden“. Und sie haben in diesem Hirtenwort, das uns damals in der moralischen Begründung unserer Politik außerordent-

lich geholfen hat, allerdings auch darauf aufmerksam gemacht, daß die Politik der atomaren Abschreckung also unsere Position gesinnungsethisch, verantwortungsethisch ein moralisches Paradoxon ist, mit dem man zwar leben kann, aber mit dem man nur insoweit leben kann, als man alles tut, um diesen Status quo zu überwinden und zu verändern. Damit haben die Bischöfe gemeint, daß man abrüstet.

SDI wäre auch eine solche Veränderung des Status quo gewesen, wenn wir diese Diskussion richtig geführt hätten. Meines Erachtens haben wir eine Chance, was diesen Punkt anbelangt, in den letzten zwei Jahren versäumt.

Aber es ist doch auch klar, daß wir als „C“-Parteien diesen geistig-moralischen Hintergrund der ganzen Diskussion um die Abrüstung nicht außer acht lassen dürfen.

Es ist eine Veränderung auch insoweit eingetreten, das bitte ich, sehr ernst zu nehmen, daß mit Gorbatschow eine völlig neue Figur in die Auseinandersetzung hineingekommen ist.

Die Demoskopien sagen klar, daß dieser Mann mit seiner geschickten Propaganda, mit seiner Argumentation inzwischen eine höhere Popularität in der Bundesrepublik Deutschland hat als der amerikanische Präsident. Eine neueste Umfrage sagt aus: 75 Prozent der Deutschen sind für die Abschaffung aller Atomraketen.

Gleichzeitig erklärt der amerikanische Außenminister Shultz, die Europäer und die Deutschen sollten sich nicht so anstellen; denn selbst, wenn alle Mittelstreckenraketen längerer oder kürzerer Reichweite weg wären, dann blieben ja immer noch genügend Atomwaffen übrig, nämlich 4000 an der Zahl, seegestützte und andere, die ausreichen würden, um die Abschreckung zu garantieren. Man muß

dieses Argument nicht übernehmen, aber es ist doch klar: Das erscheint auf den Fernsehschirmen. Und das bildet das Bewußtsein der Menschen.

Daher ist es von besonderer Bedeutung, mit welcher Sprache, mit welchen Formulierungen, mit welchen Zielsetzungen wir sprechen und welche Begriffe wir verwenden.

Wir brauchen Akzeptanz und Konsens in dieser entscheidenden Frage der Verteidigungspolitik und der Abrüstungspolitik in der Bevölkerung. Deshalb darf man nicht das in Frage stellen, was unbestritten ist: daß wir nämlich die Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen längerer Reichweite immer gewollt haben und als einen großen Erfolg ansehen.

Wenn ich die Freien Demokraten und die Sozialdemokraten und die anderen zusammennehme, dann haben wir es ohnehin schwer bei der etwas opportunistischen Position, die die Freien Demokraten im Moment in dieser Frage einnehmen. Um so eindeutiger und klarer und verständlicher für die Bevölkerung sollten wir in dieser Frage argumentieren.

Für die Akzeptanz unserer Politik und den Konsens in dieser wichtigen Frage kommt es zuerst darauf an, daß wir glaubwürdig bleiben, das heißt, daß wir heute nicht anders reden als auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. Glaubwürdigkeit ist für eine große Volkspartei, für die Christlich Demokratische Union eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz ihrer Politik insgesamt.

Ich meine, man sollte in der Diskussion in der Öffentlichkeit die richtigen Begriffe verwenden — und nicht Begriffe verwenden, die die Menschen überhaupt nicht verstehen können. Das ist keine Kritik an den Fachleuten. Wir können intern nicht anders diskutieren; das ist in

der Sozialpolitik genauso. Aber nach außen sollte man versuchen, Begriffe zu verwenden, die die Menschen auch verstehen. Wenn nämlich unverständliche Begriffe verwendet werden, dann stößt das auf Widerstand. Die Menschen denken, da wird eine Geheimwissenschaft praktiziert und realisiert — und das Vertrauen schwindet.

Aristoteles hat gesagt: Nicht die Taten bewegen die Menschen, sondern die Worte über die Taten. Epiktet hat es umgekehrt ausgedrückt: Nicht die Dinge verwirren die Menschen, sondern die Ansichten über die Dinge. Ich glaube, wir befinden uns in der Situation, daß wir diese Erkenntnisse berücksichtigen sollten. Nehmen Sie einige Fachbegriffe der Diskussion: Invasionsfähigkeit, Reaktionskapazität, Konventionelles Potential, Abgestuftes Abschreckungssyndrom, Denuklearisierung etc.

Das ist alles richtig, aber wir sollten, wenn wir unsere Ziele aufstellen, uns bemühen, mit solchen Begriffen nicht unbedingt unsere Politik darstellen zu wollen.

Wir sollten unsere eigenen Ziele nicht negativ, sondern positiv formulieren.

Dewegen folgender Vorschlag:

Erstens: Wir begrüßen, daß die Sowjetunion nach siebenjähriger Verzögerung dem Vorschlag des Westens für eine Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen größerer Reichweiten zugestimmt hat. Das ist ein großer Erfolg des Bundeskanzlers, der Bundesregierung, der Christlich Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union.

Zweitens: Ich bin der Meinung, daß wir nicht negative Ziele postulieren und die auch noch negativ konditionieren sollten. Wir sollten also nach Möglichkeit nicht sagen: Wir sind gegen eine Null-Lösung bei den anderen Raketen, es sei denn, die Sowjets machen dies und das und jenes,

sondern ich würde vorschlagen, dies positiv zu formulieren: Auch für die übrigen Raketen mittlerer Reichweiten und kürzerer Reichweiten fordern wir Abrüstung, wobei über das endgültige Ausmaß der Reduzierung verhandelt werden muß.

Dann haben wir eine positive Formulierung verwendet. Dann machen wir deutlich, daß wir hier abrüsten wollen — ohne gleich bei der Null-Lösung aus den bekannten Gründen zu landen. Es ist ja richtig, daß wir, solange es eine konventionelle Übermacht der Sowjetunion gibt, auf Nuklearwaffen in Europa nicht verzichten können. **Aber wir sollten es positiv formulieren und nicht negativ, weil uns die Menschen sonst nicht verstehen.**

Wir sollten in diesem Zusammenhang auch fordern, daß es hier zu einer europäischen Konzeption kommt, und daß wir eine weltweite Reduzierung wollen und nicht nur eine, die auf Europa beschränkt ist. Auch das kann man sagen, ohne daß man jetzt Einzelheiten des sowjetischen Vorschlages kennen muß.

Wir sollten gleichzeitig fordern — zwar nicht als Bedingung für die Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen längerer Reichweite, aber als Gegenstand weiterer Verhandlungen, daß auch die anderen Raketen abgerüstet werden, daß ferner — die chemischen Waffen beseitigt werden.

■ Die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion abgebaut und ein ausgewogenes Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau erreicht wird.

■ Die Gefechtsfeldwaffen atomarer Art auf die Hälfte reduziert werden.

Wir sollten gleichzeitig sagen: Bei dieser Abrüstungskonzeption muß beachtet werden, daß am Ende der Abrüstungsverhandlungen Europa nicht einer konventionellen Übermacht der Sowjetunion gegenübersteht, und daß am Ende dieses Abrüstungsprozesses die Bundesrepublik Deutschland — und die DDR — nicht

als Gefechtsfeld der Waffen von Ost und West übrigbleiben.

Dies alles, diese Komponenten können wir heute als unsere Position vortragen.

Ich mache damit keinen Vorschlag, den wir am Abrüstungsverhandlungstisch, sozusagen „als eigene Verhandlungssposition“ einbringen; wir sitzen nicht am Verhandlungstisch und abgezogen werden keine deutschen Waffen, sondern amerikanische.

Wir können dies als unsere Position, als das, was wir abrüstungspolitisch wollen, der Bevölkerung gegenüber in einer offensiven, in einer positiven und damit verständlicher Weise vertreten. Das halte ich nicht für unwichtig angesichts der Tatsache, daß wir zehn Tage vor Landtagswahlen stehen.

Ob wir Hamburg gewinnen und Rheinland-Pfalz behalten, hat eine über diesen Tag hinausgehende Bedeutung — deswegen, weil die Niederlage in Hessen zum Beispiel auch einen Umdenkungsprozeß innerhalb der SPD eingeleitet hat. Und es kann für uns nicht ohne Bedeutung sein, wenn die sozialdemokratische Partei deswegen, weil die Konzeption von Bahr, Eppler, Lafontaine scheitert, und zwar am Willen der Bevölkerung, wenn die andere große Partei wieder auf den realistischen und früher gemeinsamen Standpunkt der Verteidigungspolitik und der gemeinsamen Vertretung der deutschen Interessen zurückkommt.

In Hessen haben tausend Stimmen den Wahlsieg gebracht. Sonst wäre es ein Patt gewesen. In Hamburg haben wir alle Chancen. Aber vielleicht geht es da auch um tausend Stimmen. Und deswegen kommt es darauf an, daß wir in einer so entscheidenden Frage, die die Köpfe und die Herzen der Menschen bewegt, die richtige Sprache sprechen und unsere Ziele positiv formulieren.

Helmut Kohl zur 750-Jahr-Feier:

Berlin bleibt ein Schwerpunkt unserer Politik

Bundeskanzler Helmut Kohl hielt beim Festakt zur Eröffnung der 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin am 30. April 1987 eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Berlin war immer ein Zentrum deutscher Geschichte und deutscher Kultur, ein Umschlagplatz der Ideen, eine Hochburg der Kreativität. So wirkte und wirkt Berlin in die Welt hinaus mit Meisterwerken von Kunst und Kultur, mit vielen epochalen Leistungen, nicht zuletzt — und wir durften gerade wieder ein Beispiel erleben — mit epochalen Leistungen auch in der Kunstgattung des Films.

Die Geschichte Berlins — daran erinnert uns auch diese Geburtstagsfeier — begann nicht mit der Nazi-Barbarei, und die Teilung der Stadt wird nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Doch die drei Dekaden, die zwischen der Machtergreifung Hitlers und dem Mauerbau im August 1961 lagen, haben die Stadt Berlin, ihren heutigen Charakter und ihr Erscheinungsbild überall in der Welt geprägt.

Die Nationalsozialisten konnten in Berlin trotz großer Anstrengungen in freien Wahlen keine Mehrheit finden. Und mitten in Berlin, im Block an der Bendlerstraße war auch das Zentrum des Widerstands vom 20. Juli 1944. 1946 machte ganz Berlin seine Absage an eine totalitäre Ideologie deutlich, als es bei einer Wahl — einer freien Wahl — die Chance dazu erhielt.

Aber gerade die Berliner mußten unter den Folgen von Krieg und Diktatur

besonders leiden. Noch heute sehen wir die Mahnmale der Zerstörung und des kriegerischen Wahnsinns. Um so mehr bewundern wir den Aufbau, die grandiose Leistung der Menschen in Berlin in vier Jahrzehnten. Sie sind im Leiden gewachsen, haben sich in schwerer Zeit bewährt und wurden zum Beispiel für viele — weit über unser Vaterland hinaus — zu einem Beispiel für den Willen und die Kraft zum Überleben, für den Willen zur Freiheit.

Unvergessen ist der Ruf Ernst Reuters: „Schaut auf diese Stadt!“, als die Sowjets versuchten, die Lebenslinien der Stadt durch eine Blockade zu zerschneiden. Die Alliierten und allen voran unsere amerikanischen Freunde halfen damals den Berlinern und damit den Deutschen mit einer in der Geschichte beispiellosen Luftbrücke. Und jeder weiß: Berlin und wir vergessen unsere Freunde nicht.

Der Komponist György Ligeti, der wichtige Jahre seines Lebens hier lebte, hat einmal die Insellage der Stadt — ich denke: treffend — beschrieben, als er sagte: „... ein surrealistischer Käfig: die, die drinnen sind, sind frei.“

Der Überlebens- und der Freiheitswille, das Selbstbewußtsein und der Mut der Berliner sind das große Kapital der Stadt in Geschichte, in Gegenwart und, ich bin sicher, auch in Zukunft.

Daß es gelungen ist, für diesen Teil der Stadt die Freiheit zu bewahren, verdankt Berlin dem Einsatz und der Standfestigkeit der drei Schutzmächte. Ihre Präsenz war und bleibt Gewähr für die Freiheit und

Sicherheit Berlins. Ihnen gilt deshalb heute auch an diesem Geburtstag unser herzlicher Dank. Die Wahrung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten liegt in unserem gemeinsamen Interesse.

Wenn in den nächsten Wochen Präsident Mitterrand, Königin Elizabeth und Präsident Reagan zur 750-Jahr-Feier nach Berlin kommen, sehen wir darin einen Ausdruck der Verbundenheit, der Sympathie und des lebendigen Interesses der drei Mächte an dieser Stadt. Wir sind unseren Gästen herzlich dankbar und heißen sie willkommen. Mit ihnen gemeinsam wollen wir hier vor aller Welt und in gemäßer Weise für unsere freiheitliche Idee demonstrieren. Wir wollen ganz einfach deutlich machen: **Dieses Berlin ist Teil der freien Welt.**

Eine lebendige, attraktive Metropole konnte Berlin nur bleiben und wird es auch in Zukunft nur bleiben können durch die enge Verflechtung mit den politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland. Die Einbindung der Stadt in den freien Teil Deutschlands und damit zugleich in die Europäische Gemeinschaft ist für die Zukunft Berlins unverzichtbar. In einem lebendigen Gemeinwesen kann sie auch nicht statisch bleiben, sondern muß immer wieder weiterentwickelt und neuen Bedingungen mit Blick auf die Zukunft angepaßt werden.

Das Viermächteabkommen, das nach vielen Jahren der Konfrontation zur Beruhigung der Lage in und um Berlin beigetragen hat, sagt ausdrücklich, daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden. Wir treten für die strikte Einhaltung und volle Anwendung dieses Abkommens in allen seinen Teilen ein. Es muß jede Chance genutzt werden, um die engen Verflechtungen zwischen Berlin und dem

Bund in allen Lebensbereichen auszubauen.

Einen wesentlichen Beitrag können Wissenschaftler und Kulturschaffende leisten, aber auch Verbände, Vereinigungen und Parteien, indem sie — und dazu möchte ich uns alle aufrufen — immer wieder und noch häufiger nach Berlin kommen.

Berlin bleibt ein Schwerpunkt deutscher Politik. Die Berliner wissen — und sie sollen wissen —, daß sie sich nicht nur an Feiertagen, sondern gerade auch im Alltag auf die Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland, auch auf die Bundesregierung, verlassen können.

Wir wollen die Ausstrahlungskraft stärken, die der freiheitlichen Demokratie und besonders dieser Stadt mit ihrer Offenheit und lebendigen Vielfalt eigen ist.

Wir werden auch in Zukunft unseren Beitrag leisten, um die wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Kraft und die Attraktivität Berlins weiterzuentwickeln. Berlin muß ein Glanzpunkt in der Zukunftsentwicklung unseres Landes bleiben — als Stadt, die nicht nur Unterstützung fordert und erhält, sondern uns vieles als Geschenk zurückgibt.

Die wirtschaftliche Substanz Berlins ist dabei ein wichtiger Eckpfeiler seiner politischen Stabilität. Durch gemeinsame Anstrengungen des vielen guten Willens konnten wir in den letzten Jahren allherhand erreichen. Es ist neues Vertrauen — und ich bin glücklich darüber — in den Wirtschaftsstandort Berlin entstanden.

Diese Fundamente Berlins weiter zu stärken ist und bleibt eine wichtige Aufgabe.

Der Zugang zu Berlin ist gesichert, aber — und wir alle spüren dies — die Stadt ist auch heute noch Seismograph für den Stand der Ost-West-Beziehungen. Wir wissen, daß von Normalität keine Rede

sein kann, solange Mauer und Stacheldraht und Schießbefehl diese Stadt, unser Vaterland und Europa teilen.

Die Teilung Berlins ist hier eine tägliche Erfahrung. Sie ist eine Wunde, an der Menschen leiden. Die Bürger in der geteilten Stadt müssen mehr als andere leben mit der Trennung von Freunden, Verwandten und Bekannten. Sie empfinden diese Trennung selbstverständlich als unnatürlich und schmerzlich.

Solange Deutschen die Freiheit vorenthalten wird, solange grundlegende Menschen- und Bürgerrechte mitten in Deutschland verletzt werden — so lange bleibt die deutsche Frage offen.

Berlin ist das Symbol für diese offene deutsche Frage.

Wir werden uns niemals mit Mauer und Stacheldraht abfinden. Gewalt darf nirgendwo, auch nicht an der innerdeutschen Grenze, Mittel der Politik sein, wenn von deutschem Boden wirklich Frieden ausgehen soll, und dies wollen wir.

Unser Ziel bleibt Einheit und Freiheit für alle Deutschen. Wir alle wissen: Das ist nicht heute und auch nicht morgen möglich; wir brauchen einen langen Atem vor der Geschichte. Wir wissen auch, daß es zu diesem Ziel keinen deutschen Sonderweg gibt und natürlich auch keinen Sonderweg für Berlin.

Maßstab unserer Politik in der nationalen Frage bleibt die Bewahrung freiheitlicher Lebensform — und unsere wichtigste rechtliche und moralische Position bleibt der Anspruch aller Deutschen auf Freiheit und Selbstbestimmung.

Die Einheit der Nation soll und muß sich zuallererst in der Freiheit ihrer Menschen erfüllen. Freiheit ist Bedingung der Einheit. Sie kann nicht ihr Preis sein.

Die Deutschen werden nur zusammenkommen können, wenn der Ost-West-

Gegensatz in einer dauerhaften Friedensordnung in Europa aufgehoben wird, die Freiheit und Sicherheit für alle gewährleistet. Im europäischen Rahmen müssen und wollen wir unsere Zukunft gestalten und auch die nationale Frage der Deutschen als Friedenswerk lösen.

Dies erfordert Zusammenwirken und Zusammenstehen mit unseren Freunden und Verbündeten, die an dieser europäischen Friedensordnung gleiches Interesse haben wie wir. Auch sie wissen, daß es keine wirkliche Stabilität und keinen Frieden in Europa geben kann, solange das Selbstbestimmungsrecht jenseits der Grenze durch Deutschland nicht geachtet wird. Rückhalt und Bindung in der westlichen Werte- und Verteidigungsgemeinschaft sind daher unverzichtbare Voraussetzungen auch für unsere Deutschlandpolitik.

Solange die Teilung nicht überwunden werden kann, werden wir weiter beharrlich versuchen, Erleichterungen für das Miteinander der Menschen hier in Berlin und überall in Deutschland zu erreichen. Dazu ist ein vernünftiges, auf Zusammenarbeit gerichtetes Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR und damit auch zwischen Berlin und seinem Umland erforderlich. In den Beziehungen zwischen beiden Staaten in Deutschland sollte und darf keine Seite die andere überfordern.

Wo neue Entwicklungen im West-Ost-Verhältnis insgesamt dazu Chancen bieten, müssen und wollen wir sie nutzen, um durch praktische Schritte die Folgen der Teilung für die Menschen zu mildern. Dabei sollen die bestehenden prinzipiellen Gegensätze nicht verwischt werden. Aber — und auch das ist geschichtlicher Auftrag der Deutschen in unserer Generation — wir müssen immer wieder nach Wegen suchen, um trotz dieser prinzipiell-

len Gegensätze zu Lösungen im Interesse der Menschen zu kommen.

In der bisherigen Entwicklung der Beziehungen zur DDR konnte manches erreicht werden; vieles davon ist vor allem auch Berlin zugute gekommen. Verkehr und Wirtschaft haben davon profitiert. Auf dieser Grundlage des nüchternen Miteinander wollen wir weiterarbeiten. Berlin muß dabei immer voll einbezogen werden. Kein Berliner braucht die Sorge zu haben, daß diese Entwicklung an ihm und seiner Stadt vorbeigeht. Die Sicherung des Friedens und der Freiheit und die Lebensfähigkeit Berlins bleiben Grundlage und unverzichtbarer Bestandteil der Deutschlandpolitik der Bundesregierung.

Die 750-Jahr-Feier lenkt die Blicke der Welt auf diese Stadt — auf eine Stadt, die Mitte und Grenze zugleich ist. Die Jubiläumsfeiern mit ihren Markierungen Erinnerung und Erneuerung, Standortbestimmung und Perspektive verdeutlichen die Einheit Berlins, auch wenn es zur Zeit geteilt ist.

Gerade wer anlässlich dieses Jubiläums Berlin besucht, sollte immer die ganze Stadt kennenlernen und so für sich persönlich zu einem kleinen Teil die Teilung überwinden.

Die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas — dessen bin ich sicher — wird vor der Geschichte nicht Bestand haben. Einigkeit und Recht und Freiheit für unser deutsches Vaterland und seine alte Hauptstadt — dafür wollen wir auch in Zukunft mit unserer ganzen Kraft arbeiten.

So verstanden sind die Geschichte Berlins und der Mut der Berliner für uns alle Mahnung und Hoffnung auf diesem Weg.

Wir grüßen hier aus Berlin, mitten in Deutschland und mitten in Europa, unsere Landsleute im anderen Teil der Stadt,

unsere Landsleute überall in Deutschland — nicht zuletzt und vor allem die Menschen überall in der DDR, in ihren Städten und Dörfern.

Wir haben eine gemeinsame Geschichte, und wir werden eine gemeinsame Zukunft haben (siehe auch Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe).



Handbuch „Recht der Arbeit“ auf neuestem Stand

Eine umfassende und aktuelle Einführung in das derzeit geltende Arbeitsrecht steht jetzt allen Interessierten wieder zur Verfügung. Mit der Neuauflage der „Übersicht über das Recht der Arbeit“ hat das Bundesarbeitsministerium das erstmals 1981 erschienene Nachschlagewerk auf den neuesten Stand gebracht.

Wegen zahlreicher Änderungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung in den letzten sechs Jahren war die Voraufgabe überholt. Die vier Autoren, anerkannte Arbeitsrechts-Experten des Ministeriums, haben die neuesten Entwicklungen eingearbeitet. Erinnert sei an das Beschäftigungsförderungsgesetz, den Erziehungsurlaub und das neugefaßte Schwerbehindertengesetz. Auch die Fortentwicklung des Arbeitsschutzes ist berücksichtigt, etwa die neue Gefahrstoffverordnung und das geänderte Jugendarbeitsschutzgesetz. Das Nachschlagewerk wurde insgesamt überarbeitet und erweitert. Eine übersichtliche Gliederung erlaubt auch dem Nichtfachmann, schnell die Antwort auf Fragen aus allen Bereichen des Arbeitsrechts zu finden.

Der 450seitige Band kann gegen eine Schutzgebühr von 7,— DM (zuzüglich Versandkosten) angefordert werden beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Broschürenstelle), Postfach, 5300 Bonn 1.

Deutlicher Rückgang der Arbeitslosenzahl

Zu den am 6. Mai 1987 bekanntgegebenen Arbeitsmarktdaten erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Horst Günther: Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind im April 1987 deutlich gegenüber März zurückgegangen. Der Rückgang wäre aber wahrscheinlich noch stärker ausgeprägt, wenn nicht die Nachwirkungen der bis Ende März anhaltenden Frostperiode zu erheblichen Verzögerungen bei den Einstellungen in den Außenberufen geführt hätten. Insbesondere in der Bauwirtschaft wurde deshalb häufig noch kein Anlaß zu umfangreichen Neueinstellungen gesehen.

Wenn der Rückgang der Arbeitslosigkeit im April nur etwas niedriger ausfiel als im vorigen Jahr um diese Jahreszeit, so liegt dies teilweise daran, daß es 1986 einen außergewöhnlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit gab. Hinzu kommt, daß die Arbeitsmarktentlastungswirkung durch das Vorruhestandsgesetz in diesem Jahr gegenüber den Vorjahren geringer ist.

Bewertet man alle Daten des Arbeitsmarktes in ihrer Gesamtheit seit mehreren Jahren — also Anstieg der Beschäftigung, Entwicklung von Arbeitslosigkeit und offenen Stellen und Kurzarbeit — so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage im April dieses Jahres für diese Jahreszeit deutlich besser als jemals nach 1982 ist.

Dies ist ein unverkennbarer gemeinsamer Erfolg des Staates und der Sozialpartner,

wenn man berücksichtigt, daß es nach 1982 einen außergewöhnlichen Anstieg des Arbeitskräftepotentials gegeben hat und weiter gibt. Wiederholte Prognosen der Opposition, die Arbeitslosigkeit werde ansteigen, haben keine Bestätigung durch die tatsächliche Entwicklung gefunden, obwohl soviel mehr Menschen auf den Arbeitsmarkt drängen.

Die im April allmählich angelaufene Belegung der Bautätigkeit wird sich im Mai und Juni weiter verstärken und damit auch zu erhöhter Beschäftigung bei Baustoffherstellern einerseits und in den Baunebengewerben andererseits führen.

Es besteht nach wie vor Anlaß zu einer verhalten optimistischen Einschätzung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung. Bei einer Beurteilung darf auch nicht außer Betracht bleiben, daß der erstmalige grundsätzliche Wegfall der produktiven Winterbauförderung im Winter 1986/87 zu einer im Vergleich zu den Vorjahren geringeren Bautätigkeit nicht nur im zurückliegenden Winter, sondern bis in den April hinein geführt hatte.

Angesichts der recht guten Auftragslage in der Bauwirtschaft wird die Erledigung im Winter zurückgestellter Bauaufträge in den nächsten Monaten nachgeholt. Dies hat dann zwangsläufig positive Auswirkungen für die Beschäftigung in der Zeit vom Spätfrühjahr über den Sommer bis zum Herbst. Im Mai und Juni wird dementsprechend die Arbeitslosigkeit weiter spürbar zurückgehen. Damit erhalten viele Arbeitslose eine Chance auf Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß.

Neue Ausbildungsgänge der Post – vorrangig für Frauen

Die Deutsche Bundespost hat die Ausbildungsvorschriften für den mittleren Postbankdienst und den mittleren Fernmelde-dienst grundlegend neu gestaltet und damit den jungen Frauen, die den weit überwiegenden Teil der Nachwuchskräfte stellen, eine gute Voraussetzung für das künftige Berufsleben gegeben.

Die neuen Ausbildungsgänge vermitteln den Nachwuchskräften nicht nur die Befähigung zur Wahrnehmung der Betriebs- und Verwaltungsaufgaben in den Laufbahnen des mittleren Postbankdienstes und des mittleren Fernmelde-dienstes, sondern auch Kenntnisse und Fertigkeiten für den Beruf der Verwaltungsfachangestellten. Die neue Verordnung bietet ferner die Gewähr dafür, daß die Zeugnisse über die Laufbahnprüfung mit den Zeugnissen über das Bestehen der Abschlußprüfung im Ausbildungsberuf „Verwaltungsfachangestellte“ gleichgestellt werden. Die Nachwuchskräfte erhalten damit die Grundlage für ein höchstmögliches Maß an beruflicher Mobilität – auch außerhalb der Deutschen Bundespost. Eine gute Ausbildung ist gerade für Frauen die Grundlage für ein erfolgreiches Berufsleben und trägt damit zur Absicherung der Lebensexistenz bei.

Teilzeitarbeit stärkt Position der Frauen

Als „einen Durchbruch, der die Teilzeitarbeit aus ihrem Ghettodasein befreit“ bezeichnete die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, **Rita Süßmuth**, den Tarifvertrag zwischen der Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik und dem Bundes-

Zitat

„Leider müssen wir feststellen, daß die SPD unter Willy Brandt über zwei Jahrzehnte nicht in der Lage war, entgegen eigenen Vorstandsbeschlüssen das Paktieren mit Kommunisten und Grünen, die Gewaltanwendung bejahen, zu verhindern.“

(Generalsekretär Heiner Geißler
in „Welt am Sonntag“ vom 26. April 1987)



arbeitgeberverband Chemie zur Teilzeitarbeit. Mit diesem Abschluß werde die Teilzeitarbeit in einem großen Tarifbereich zu einer gleichwertigen Arbeitsform und verliere damit das Odium einer Arbeit von geringerem Wert. Teilzeitarbeit werde in Zukunft zu einer normalen Form des Arbeitslebens gehören.

Die gefundenen Regelungen zur sozialen Absicherung der Teilzeitarbeit trügen – nach den gesetzlichen Verbesserungen durch das Beschäftigungsförderungsgesetz – dazu bei, Teilzeitarbeit auch unter frauenpolitischen und familienpolitischen Aspekten attraktiver zu machen. Nachdem sich die Nachfrage nach Teilzeitarbeitsplätzen in den letzten 20 Jahren verdoppelt habe, erhielten nun immer mehr Frauen die Chance, eine sozial abgesicherte Teilzeitbeschäftigung aufzunehmen. Damit werde die Position der Frauen am Arbeitsmarkt gestärkt. Die nun gefundene Form der Teilzeitarbeit mache es auch wahrscheinlich, daß in Zukunft mehr Männer (gegenwärtig sind über 95 Prozent der Teilzeitbeschäftigten Frauen) diese Arbeitsform wählten. Insbesondere für Familien mit kleinen Kindern eröffneten sich nun bessere Möglichkeiten Familienaufgaben und Berufstätigkeit – und zwar für beide Partner – miteinander zu verbinden. Die Wahlfreiheit für Männer und Frauen werde größer.

Milliarden-Schäden durch illegale Beschäftigung

Als außerordentlich sozialschädlich hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, die zunehmende illegale Beschäftigung in der Bundesrepublik angeprangert. Den jährlich entstehenden Schaden einschließlich der Schwarzarbeit bezifferte er mit fünf bis zehn Prozent des Bruttosozialproduktes, also mit etwa 100 bis 200 Milliarden Mark.

Genaue Angaben zum Umfang der illegalen Beschäftigung — zum Beispiel illegale Leiharbeit oder Arbeit unter Mißbrauch von Sozialleistungen — und zum gesamten Ausmaß ihrer Sozialschädlichkeit seien nicht möglich, sagte Franke. Schätzungen anderer Behörden und Verbände schwanken für die vergangenen Jahre zwischen 100 000 und 500 000 ständig illegal Beschäftigten.

Franke rief zu „mehr Ehrlichkeit auf dem Arbeitsmarkt“ auf. Jeder legale Arbeitsplatz werde benötigt. Illegale Beschäftigung vernichte aber legale Arbeitsplätze, verhindere die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und führe in Verbindung mit Beitrags- und Steuerhinterziehung zu erheblichen finanziellen Verlusten der öffentlichen Hand.

Der Bundesarbeitsminister, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, die Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes und des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie sowie der Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bau - Steine - Erden haben am 24. April 1987 einen gemeinsamen Aufruf gegen Schwarzarbeit und ille-

gale Beschäftigung veröffentlicht. Dieser Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Mit dem Beginn des Frühjahrs läuft die Bausaison voll an. Die Beschäftigung in der Bauwirtschaft steigt; neue Arbeitsplätze werden geschaffen. Sie dürfen durch unsoziales Verhalten nicht gefährdet werden.

Wer Arbeitnehmer illegal beschäftigt, handelt unsozial. Wer Schwarzarbeit in Auftrag gibt, handelt nicht nur unsozial, sondern schadet sich auch selbst, weil er Gefahr läuft, sich gegen Pfuscharbeit nicht durchsetzen zu können. Darum kommt scheinbar preisgünstige Schwarzarbeit häufig teuer zu stehen.

Schwarzarbeit gefährdet bestehende Arbeitsplätze und bringt Arbeitslose um die Chance auf einen Arbeitsplatz. Schwarzarbeit scheut ehrlichen Wettbewerb, da weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden. Abgaben an die Solidargemeinschaft werden nicht erbracht, für die alle ehrlich arbeitenden Menschen aufkommen müssen.

Wir rufen auf:

Für ordnungsgemäße Beschäftigung!

**Für ehrliche Arbeit
und sichere Arbeitsplätze!**

**Keinen Handschlag für Schwarzarbeit!
Keine Mark an Schwarzarbeiter!**

(Wer über illegale Beschäftigung und deren Bekämpfung mehr wissen will, kann beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung die neu aufgelegte Broschüre „Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung schaden uns allen“ anfordern.)

Resolution zum Boykott ist Aufforderung zum Rechtsbruch

Die Bundesversammlung der Grünen verabschiedete am vergangenen Wochenende in Duisburg eine Resolution, in der offen zur Unterstützung der Volkszählungs-Boykottinitiativen und zur Teilnahme am Boykott aufgerufen wird. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Horst Waffenschmidt, erklärte dazu, daß der Rechtsstaat diese Aufforderung zum Verstoß gegen geltende Gesetze nicht hinnehmen könne.

In dieser Frage funktioniert die Gemeinsamkeit der Demokraten:
Hans Koschnick, langjähriger SPD-Regierungschef von Bremen, hat die Boykottaufrufe der Grünen in einen historischen Bezug gestellt: „Wer im Parlament aufruft, Gesetze zu boykottieren und nicht zu realisieren, die von der Mehrheit des Parlaments abgeschlossen worden sind, geht einen Weg, den ich leider schon vor 33 kannte, wo es die extremen Gruppen genauso taten.“
(Deutschlandfunk, 19. Februar 1987)

Die Grünen-Funktionäre schüren mit ihrer Boykott-Kampagne ungerechtfertigte Ängste bei den Bürgern. Sie behaupten zwar, daß die Volkszählung gegen das Grundgesetz verstoße; sie weigern sich aber, beim Bundesverfassungsgericht Klage dagegen zu erheben. Sie wissen genau, daß sie sich mit ihren Argumenten vor keinem Gericht durchsetzen würden. Das Bundesverfassungsgericht hat die Notwendigkeit der Volkszählung bestätigt: „Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern als permanente Aufgabe verstanden werden

soll, bedarf es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge. Erst die Kenntnis der relevanten Daten und die Möglichkeit, die durch sie vermittelten Informationen ... für die Statistik zu nutzen, schafft die für eine am Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik unentbehrliche Handlungsgrundlage.“ (BVerfGE 65,1) Zum Fragenprogramm stellte das Bundesverfassungsgericht fest: „Das Erhebungsprogramm des Volkszählungsgesetzes 1983 führt nicht zu einer mit der Würde des Menschen unvereinbaren gänzlichen oder teilweisen Registrierung und Katalogisierung der Persönlichkeit.“ (BVerfGE 65,1) Das Fragenprogramm 1987 geht nicht über das des Volkszählungsgesetzes 1983 hinaus.

Auch der Bundesdatenschutzbeauftragte Reinhold Baumann betont, daß der Bürger wegen der Datenverarbeitung und -nutzung keine Befürchtungen haben müsse. Er fügt hinzu: „Nach menschlichem Ermessen ist alles getan worden.“
(Süddeutsche Zeitung, 21. April 1987)

Der moderne Sozialstaat ist angewiesen auf genaue Angaben über den Bevölkerungsaufbau. Bundeskanzler Helmut Kohl hat dazu festgestellt: „Wie der Einzelhändler seine Bestände bei der Inventur feststellt, wie Familienväter und -mütter regelmäßig die Vorräte ihres Haushalts kontrollieren, so muß auch der Staat über die Zahl der Bürger und den Umfang einzelner Bevölkerungsgruppen informiert sein. Die Volkszählung dient allen Bürgern, denn sie gewährleistet, daß für unsere Zukunft sorgfältig geplant werden kann.“

Pressezitate

Grüne zerstrittener denn je

Die 9. Bundesversammlung (der Grünen) hat nichts dazu beigetragen, den Standort der Grünen neu zu definieren. Über die notwendigen politischen Konsequenzen nach der Hessen-Wahl ist hier nicht debattiert worden, dafür drei Tage Nabelschau mit dem Ergebnis: Die Gräben sind etwas verschoben, aber die Parteiflügel sind zerstrittener denn je.

(Deutsches Fernsehen, 3. Mai 1987)

Mit den Fundis an der Parteispitze wird innerhalb der Grünen Polarisierung zum politischen Programm.

(General-Anzeiger, 4. Mai 1987)

Der Durchmarsch der Fundamentalisten wird für die Partei die Konflikte verschärfen.

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 4. Mai 1987)

Mit ihren neuen Vorstandssprechern rutschen die Grünen noch weiter ins Abseits.

(Bonner Rundschau, 4. Mai 1987)

Die Mitte der Partei hat sich als Papiertiger erwiesen.

(Frankfurter Rundschau, 4. Mai 1987)

Die Siegerin von Duisburg heißt Jutta Dittfurth.

(Offenburger Tageblatt, 4. Mai 1987)

Sicher ist eine weitere Radikalisierung der grünen Positionen zu erwarten.

(Nürnberger Zeitung, 4. Mai 1987)

Die Grünen befinden sich in einer Verfassung, in der sie weder Bewegung noch Erneuerung verfechten können.

(Schwarzwälder Bote, 4. Mai 1987)

In der Sache treten sie auf der Stelle.

(Westfälische Nachrichten, 4. Mai 1987)

Im Grunde beschäftigen sie sich längst mehr mit sich selbst als mit jenen Problemen, die sie einst für viele Bürger parteiübergreifend attraktiv gemacht hat.

(Augsburger Allgemeine, 4. Mai 1987)

Arbeitsgruppe „Verkehr“ gebildet

CDU/CSU und FDP haben während der Koalitionsverhandlungen die Bildung einer Koalitionsarbeitsgruppe zum Bereich Verkehr beschlossen. Unter Leitung der Parlamentarischen Geschäftsführer Rudolf Seiters (CDU/CSU) und Torsten Wolfgramm (FDP) hat sich die Arbeitsgruppe inzwischen konstituiert.

Ihr gehören an:

für die Bundesregierung:

Bundesminister Heinz Riesenhuber, Parlamentarischer Staatssekretär Albert Probst, Bundesminister Jürgen Warnke, Parlamentarischer Staatssekretär Dieter Schulte.

für die CDU/CSU-Fraktion:

Rudolf Seiters, Günter Straßmeier, Dionys Jobst, Christian Lenzer, Manfred Carstens (Emstek);

für die FDP-Fraktion:

Torsten Wolfgramm, Ekkehard Gries, Karl-Heinz Laermann, Wolfgang Weng. Nach der Sitzung erklärten Seiters und Wolfgramm: „Die Ergebnisse aus der Forschung in der Hochgeschwindigkeits-technologie erfordern in dieser Legislaturperiode Entscheidungen von weitreichender Bedeutung. Für die zukunfts-trächtige Magnetschwebbahntechnik ‚Transrapid‘, deren Versuchsentwicklung gegenwärtig durch den Bundesminister für Forschung und Technologie gefördert wird, wird angestrebt, in dieser Legislaturperiode eine Referenzstrecke zu finden. Da sich für die Deutsche Bundesbahn hierbei neue Chancen sowohl national wie europäisch auftun und für den Export dieser Technologie ein Markt öffnen könnte, wird bei der Vorbereitung dieser Entscheidung die Koalitionsarbeitsgruppe zügig mitwirken.“

Der Rechtsstaat ist gefordert

Die Zerstörung der Kirche St. Brictus bei Köln und der Thomaskirche in Bonn-Röttgen durch Brandstifter war bislang der traurige und abstoßende Höhepunkt von gewalttätigen Straftaten und Beleidigungen anlässlich des Papstbesuches in Deutschland.

Diese Verbrechen und die Schmierereien an der Kölner St. Agnes-Kirche, bei denen es u. a. hieß: „Kirchen lieben wir brennend“, sowie die Demonstrationen in der „Walpurgisnacht“ in Köln mit beleidigenden Parolen und Verkleidungen lassen Erinnerungen an Geschehnisse in Deutschland wach werden, die endgültig überwunden schienen: Die deutsche Vergangenheit ist überschattet von dem Verhängnis, daß der Staat es nicht wagte, rechtzeitig und entschlossen gegen den Meinungsterror einer radikalen Minderheit vorzugehen. Die zunehmende Neigung zu Gewalttätigkeiten und strafbaren Handlungen bei Demonstrationen darf auch nicht im Ansatz geduldet werden. Der Rechtsstaat muß mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen jegliche Form der „Meinungskriminalität“ vorgehen. Der rechtstreue Bürger erwartet vom Staat die Erhaltung der Rechtsordnung und des Rechtsfriedens, andernfalls ist das Rechtsbewußtsein gefährdet. Es kann deshalb nicht oft genug gesagt werden: Nur eine wehrhafte rechtsstaatliche Demokratie sichert dem einzelnen die Freiheit und Sicherheit, erklärt der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen, der baden-württembergische Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten **Heinz Eyrich**.

Hierfür müssen die politisch Verantwortlichen wie auch jeder Staatsbürger kämpfen. Ein erster Schritt ist dabei die unmiß-

verständliche Distanzierung von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung. Vor allem die Grünen lassen hierzu ein klares Wort vermissen. Grüne Abgeordnete vermitteln durch ihr Schweigen und durch mißverständliche Formulierungen über ihr Verhältnis zur Gewalt den Gewalttätern eine fatale Legitimation.

Wer für einen menschlicheren Umgang und eine „bessere Welt“ eintritt, macht sich zudem unglaubwürdig, wenn er religiöse Empfindungen seiner Mitbürger aufs gröbste verletzt. Wahrhaftige Demonstranten haben niemals den Respekt vor der Meinung des Andersdenkenden, selbst des weltanschaulichen und politischen Gegners, missen lassen.

Alle Verantwortlichen in unserem Staat, in der Regierung, der Legislative und der Justiz müssen verstärkt gemeinsam nach neuen Wegen suchen, um unsere freiheitliche Demokratie zu erhalten. Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen ist bereit, hierzu seinen Beitrag zu leisten. Bei aller gebotenen Entschlossenheit ist es dabei notwendig, verstärkt nach den Ursachen der Gewalt und der Intoleranz zu fragen. Die Juristen in der CDU sind gesprächsbereit und für neue Wege offen. Nur darüber lassen sie nicht mit sich reden: Über eine Änderung der demokratischen Spielregeln, die vom Mehrheitsprinzip, von den unabdingbaren Rechten der Minderheiten und vom Gewaltmonopol des Staates geprägt sind.

Zitat

„Die SPD muß in der Opposition die Gelegenheit bekommen, sich endlich zu erneuern und klare politische Richtungsentscheidungen zu fällen.“

(Hartmut Perschau,
Hamburger Abendblatt vom 13. April 1987)

Gleiche Rahmenbedingungen für alle Unternehmen schaffen

In der Mai-Ausgabe des „Mittelstandsmagazins“ nimmt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser MdB, zu grundlegenden Fragen der Wirtschafts- und Mittelstandspolitik der 11. Legislaturperiode Stellung. Er erklärt u. a.:

Es gibt keinen Zweifel: Die Phase der Reparaturarbeiten in der Politik ist vorbei. Zwar gibt es noch Altlasten und Spätchäden, aber über die Bewältigung der 70er Jahre hinaus muß nun das Fundament gelegt werden für die 90er. Entscheidungen liegen vor uns, die den Handlungsspielraum der folgenden Generationen auch über die Jahrhundertwende hinaus beeinflussen werden: Ich nenne die grundlegende Reform unseres Rentensystems, die Reform des Gesundheitswesens, aber auch eine Steuerreform, die diesen Namen wirklich verdient. Dies sind nur Teilbereiche; die Liste läßt sich fortsetzen. In allen Bereichen ist der Mittelstand gefragt.

Im Gegensatz zu ihren politischen Konkurrenten ist die Mittelstandsvereinigung nicht der Interessenvertreter bestimmter wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Organisationen. Anregungen aus allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung fließen in unsere politischen Entscheidungen ein. Damit bringen wir die besondere Problematik dieser Gruppen in die Willensbildung der Union ein. Nach dem notwendigen Kompromiß ist es unsere Aufgabe, diesen gegenüber den betroffenen Gruppierungen zu begründen, offensiv zu vertreten und so deren Verständnis für die gefundene politische Lösung zu stärken. Damit möchte ich der verbreite-

ten Neigung entgegenzutreten, die eigene Maximalforderung zur alleinigen Grundlage für die Beurteilung von Erfolg oder Mißerfolg einer Politik zu machen. Wer so handelt, pflegt den Rückfall in einen verhängnisvollen Gruppenegoismus und zerstört den sozialen Konsens, ohne den vernünftiges wirtschaftspolitisches Handeln unmöglich wird.

Es gibt eine Leitlinie für die Politik des Diskussionskreises Mittelstand in den vor uns liegenden Jahren. Wir werden uns nicht beschränken auf den Wunsch nach Sonderregelungen und Ausnahmetatbeständen. Solche Sonderregelungen bewirken nichts anderes als eine Verstärkung des legalen, bürokratischen Schutzzauens, der doch gerade überwunden werden soll. Mittelstandspolitik für die 90er Jahre — das muß heißen: Gleiche Rahmenbedingungen für alle Unternehmen, Ausgleich für größenbedingte Wettbewerbsnachteile, Steuer- und Sozialpolitik ohne Sonderregelungen, sondern von vornherein mittelstandsgerecht und damit im besten Sinne des Wortes praktikabel. Mehr kann die Politik nicht leisten, sie darf es auch nach unserer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht, und deshalb sollte sie auch keinen Erwartungshorizont aufrichten, dem sie am Ende nicht gerecht werden kann. Wir müssen weg von der Auffassung, mit einer kleinen Verordnung hier und einer kleinen Gesetzesänderung da könne wirkungsvoll Mittelstandspolitik betrieben werden.

In der Steuerpolitik gehen wir dabei von folgenden Überlegungen aus: Besonders die mittelständischen Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Eigenkapitalquote aus eigener Kraft so

anzuheben, daß sie durch verstärkte Investitions- und Innovationstätigkeit vorhandene Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen können. Es ist ein schwerer Fehler in unserem Steuersystem, wenn die risikoreiche unternehmerische Tätigkeit durch das Zusammentreffen von Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und betriebliche Vermögensteuer höher belastet wird als Einkünfte ohne vergleichbares Risiko. Für unsere Volkswirtschaft und den Wettbewerb ist es unsinnig, wenn Investitionen ausschließlich aus Steuerersparnisgründen vorgenommen werden oder um Subventionen zu erhalten, anstatt sich am Markt zu orientieren. Steuerliche Subventionen und andere interventionistische Elemente sind ordnungspolitisch bedenklich und müssen aus unserem Steuersystem entfernt werden. Diese schwere Arbeit liegt noch vor uns, aber sie wird einen entscheidenden Schritt hin zur ersehnten Vereinfachung des Steuerrechtes zum Ergebnis haben. Für uns bleibt marktwirtschaftlich entscheidend, den Gewinn vor Steuern zu verbessern und nicht nach Steuern mit Hilfe von Subventionen. Dieses Ziel ist natürlich nur schrittweise erreichbar — darin sollte sich auch durch vollmundige Erklärungen und unhaltbare Behauptungen selbsternannter Mittelstandsvertreter niemand täuschen lassen.

Dies gilt auch im Wettbewerbsrecht. Die Wettbewerbspolitik muß schädliche Konzentrationsprozesse in allen Wirtschaftsbereichen aufhalten. Ein solcher Konzentrationsprozeß wird in einigen Bereichen von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Hier muß dem leistungswidrigen Wettbewerb entgegengetreten werden; dazu bedarf es keiner verzögernden Prüfaufträge; die Bereiche liegen für jeden, der sich mit der Materie auskennt, klar auf der Hand.

Die politische Aufgabe unserer Mittelstandspolitik geht aber weit über die

Bereiche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hinaus. Es geht uns nicht um eine Welt der Unternehmer, sondern um eine Welt, in der man etwas unternehmen kann. Es geht um eine Welt, in der die wirtschaftliche Freiheit die Voraussetzungen dafür schafft, daß die gesellschaftliche Freiheit erhalten bleibt. Dies ist unsere Aufgabe „jenseits von Angebot und Nachfrage“.

Wir stützen mit Nachdruck die Arbeit der Koalition der Mitte, das eindeutige Bekenntnis der Bundesregierung, den wirtschaftspolitischen Kurs der letzten Jahre fortzusetzen. Wenn unser Regierungsbündnis zu Recht als Koalition der Mitte bezeichnet wird, so nimmt innerhalb dieser Einordnung der Mittelstand den Platz in der Mitte der Union ein. Wir halten überhaupt nichts von der Unterscheidung „links“ und „rechts“ innerhalb der Union; wer so argumentiert, besorgt die Arbeit unserer politischen Gegner und schadet der Union. Das gleiche gilt für jene, die einen künstlichen Gegensatz konstruieren wollen zwischen einer Politik für Arbeitnehmer und einer Politik für die Wirtschaft. Sie greifen damit einen diffamierenden Vorwurf unserer politischen Gegner auf und bringen ihn als Fehler in unsere eigene politische Willensbildung ein. Ziel unserer Politik ist nicht der Konflikt, sondern der Ausgleich im Falle widersprüchlicher Interessen.

Partnerschaft statt Klassenkampf — dies ist kein Schlagwort, sondern Grundlage des Erfolges der Menschen und Unternehmen in unserem Land, vor allem aber Grundlage für unser unumstritten beispielhaftes soziales Leistungssystem. Im öffentlichen Meinungskampf zwischen Ideologien und Interessen ist es natürlich nicht einfach, solche Grundsätze zu vertreten. Dies ändert überhaupt nichts daran, daß sie Richtschnur für die Arbeit des DKM in der vor uns liegenden Legislaturperiode sein werden.

Von der Kirche wird mehr „fromme Geborgenheit“ erwartet

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, vertritt die Ansicht, viele evangelische Kirchenmitglieder „wollen mehr fromme Geborgenheit in ihrer Kirche, mehr Zuspruch vom Evangelium her und weniger politische Stellungnahmen“.

Die evangelische Kirche, sagte er gegenüber epd, müsse sich auf ihre eigentlichen Hauptaufgaben mehr besinnen: sie solle einladende Gemeinde sein, das Evangelium verkünden, den Menschen grundsätzliche Orientierung und Seelsorge anbieten. Es dürfe keinem Christen gleichgültig sein, wenn viele Menschen ihren Austritt aus der Kirche erklären.

Um die Austritte stoppen zu können, müsse man aber deren Ursachen kennen. Darüber sollte in jeder Kirchengemeinde gesprochen werden. Waffenschmidt, nebenamtliches Mitglied der Leitung der Evangelischen Kirche im Rheinland, sprach sich nachdrücklich dafür aus, innerhalb der Landeskirche die politische Konfrontation zu vermeiden: „Wir dürfen in unserer rheinischen Landessynode nicht beschließen, Dienst in der Bundeswehr zu verweigern und Zivildienst zu leisten sei das deutlichere Zeichen für den Frieden als Soldat zu sein.“

Im Blick auf die für 1990 geplante Steuerreform mit Entlastungen von über 40 Milliarden DM für die Steuerzahler meinte der Staatssekretär, die Kirche müsse wie alle anderen ebenfalls sparen. Konkrete Auswirkungen auf die kirchliche Finanzlage durch diese Steuerreform ließen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Auch dürfe man nicht übersehen, daß die Kirche durch Wirtschaftswachs-

tum, Lohnerhöhungen und zusätzliche Beschäftigte auch „beachtliche Mehreinnahmen“ habe: „Davon kann und muß sie Vorsorge treffen, um Einnahmeausfälle aufzufangen.“ Der Staat habe die Finanzlage der Kirchen vor Augen und nehme sie sehr ernst, „denn die Kirchen erfüllen entscheidende Aufgaben für das Allgemeinwohl, u. a. im sozialen und kulturellen Bereich.“ Bundeskanzler Helmut Kohl habe dies beim Treffen mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland deutlich gemacht.

Arndt tritt wegen SPD-Kurs zurück

Der frühere Frankfurter Oberbürgermeister und langjährige hessische Finanz- und Wirtschaftsminister Rudi Arndt ist als Mitglied des hessischen SPD-Landesvorstandes zurückgetreten. Seinen Schritt begründete der heutige Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion im Europaparlament nach Angaben aus Parteikreisen vor allem mit der Kernenergiepolitik der hessischen SPD im Hinblick auf die Nuklearbetriebe Alkem und Nukem.

Unterausschuß Fremdenverkehr gefordert

Probleme des Fremdenverkehrs müssen in Zukunft im Deutschen Bundestag eine stärkere Beachtung finden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich daher für die Einrichtung eines Unterausschusses Fremdenverkehr beim Ausschuß für Wirtschaft des Deutschen Bundestages ein, wie der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann, hierzu erklärte.

Städtepartnerschaften: Probeläufe sind im Gange

Über 400 Kommunen sind es inzwischen, die aus der Bundesrepublik Deutschland mit Kommunen in der DDR eine Partnerschaft bilden wollen. Beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und in der ständigen Vertretung Bonns in der DDR weiß man davon, doch immer noch bremst die DDR. Vier Partnerschaftsvereinbarungen sind bisher besiegelt worden: (Saarlouis-Eisenhüttenstadt, Neunkirchen-Lübben, Wuppertal-Schwerin, Erlangen-Jena). Sechs deutsch-deutsche Verträge sind fest geplant, oder wurden in diesen Tagen abgeschlossen (Fellbach-Meißen, Trier-Weimar, Saarbrücken-Cottbus, Karlsruhe-Halle, Marburg-Eisenach, Hamburg-Dresden). Sehr viel mehr werden es wohl vorerst nicht werden, stellt Adolf Herkenrath, Hauptgeschäftsführer der KPV, fest.

Erste Erfahrungsberichte und Erkenntnisse können zusammengetragen werden. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU tat dies auf einer Tagung in Saarbrücken. Die Teilnehmer berichten: Euphorische Erwartungen sind ganz schnell und drastisch zurückgestutzt worden. Anders als bei den Kommunen der Bundesrepublik entscheidet in der DDR über jede kommunale Partnerschaft die SED in Ost-Berlin. Große Bedeutung kommt den Vertrags- und Vereinbarungstexten zu, die rechtlich zwar alles andere als klar, doch politisch ganz und gar nicht unterschätzt werden dürfen. Hier ist ganz sicher nicht jede Formulierung glücklich. Doch wo SPD und Grüne die Mehrheit in den Räten haben, ist dies zu erwarten. Die besondere

Schwierigkeit ist das unterschiedliche Verständnis von Begriffen.

Für die DDR sind Erklärungen gegen das Wettrüsten, für atomwaffen- und raketenfreie Zonen und zu anderen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in diesen Vereinbarungen besonders wichtig. Der Einfluß der Kommunen hüben wie drüben in diesen Fragen ist bekanntlich gering. Es muß immer wieder von solchen kommunalfremden Formulierungen abgeraten werden, zumal die kommunalen Verfassungen dafür keine Zuständigkeit einräumen. Schließlich wird damit schon am Anfang Zündstoff gesammelt, der je nach wechselnder politischer Lage Ursache für das Scheitern einer Partnerschaft werden kann. Es liegt auf der Hand, daß die Kommunalpolitiker der CDU dies deutlicher erkennen, als die Kollegen der SPD oder gar bei den Grünen. Die bisherigen Erfahrungen ergeben aber interessanterweise, daß die Kommunalpolitiker aus der DDR eine Diskussion über diese Fragen annehmen und zu Kompromissen bereit sind. Auch wo die CDU nicht die Mehrheit stellt, soll sie die Diskussion offensiv angehen. Wir müssen davon ausgehen, daß es der DDR darauf ankommt, Erfahrungen zu sammeln, ohne daß politische Ziele, wie Anerkennung der eigenen Staatsangehörigkeit der DDR, Statusfragen für Berlin, Aufnahme auch von offiziellen Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und der Volkskammer der DDR u.a. aus den Augen verloren werden.

Uns in der Bundesrepublik soll dies nicht hindern, positiv und fördernd deutsch-deutsche kommunale Partnerschaftswünsche zu behandeln. Ziele für uns sind:

vermehrte Begegnung von Menschen aus beiden deutschen Staaten, mehr Verständnis für politische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse, in denen die Bürger leben, und dafür zu werben, daß von den westlichen freien Demokratien keine Kriegsgefahr ausgeht. Schließlich, aus persönlicher Erfahrung, kann auch die Einsicht wachsen, daß soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde in den freiheitlichen Demokratien besser zu verwirklichen sind, als in den kommunistischen Ländern mit ihren Herrschaftsstrukturen und Funktionärskadern.

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU (KPV) wünscht, daß die „Probelaufe“ von deutsch-deutschen Partnerschaften erfolgreich sind. Die Entscheidungen darüber werden in der DDR getroffen. Die Bundesgeschäftsstelle der KPV bietet Beratung und Vermittlung von sachgerechten Kontakten und Informationen an. Wir Kommunalpolitiker werden die Entwicklung mit Spannung und Interesse verfolgen und politisch darauf einwirken ohne uns in komplizierte Statusfragen zu verheddern.

Höhere Reaktorsicherheit weltweit statt deutscher Ausstieg

Zu den zahlreichen Äußerungen und Forderungen anlässlich des Jahrestages des Reaktorunfalls in Tschernobyl erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Paul Laufs**: Auf die stereotypen Wiederholungen der Forderung nach einem Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie haben die Grünen mit ihrer Behauptung, der deutsch-sowjetische Nuklearvertrag

sei die „makaberste Antwort“ auf die Katastrophe von Tschernobyl, den vorläufigen Höhepunkt gesetzt.

Ohne den Versuch zu machen, konstruktive Beiträge zur langfristigen Sicherung der Energieversorgung zu machen, beschränken sich die Grünen und in ihrem Schlepptau der SPD-Vorstand auf die Bewirtschaftung der Ängste der Bevölkerung. Unbeirrt verschließen sie die Augen vor den Tatsachen, daß z. B. die Sowjetunion in diesen Tagen angekündigt hat, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung bis 1995 zu verdreifachen und daß sich Reaktoren wie der RBMK 1000 mit ihrer völlig anderen Bauart, Betriebsweise und Sicherheitstechnik prinzipiell von deutschen Reaktoren unterscheiden. Auch der Ausbildungsstand des sowjetischen Personals ist mit dem der deutschen Techniker unvergleichbar.

Die Union setzt dagegen die realistische Einschätzung der tatsächlichen Situation eines im Umkreis von 2000 km von rund 200 Kernkraftwerken umgebenen Industrielandes, dessen Nachbarn gerade nicht daran denken, die Kernenergienutzung einzuschränken oder gar aufzugeben. Die Bundesregierung hat dabei mit der von ihr initiierten Wiener Konferenz und nun mit dem deutsch-sowjetischen Nuklearvertrag den einzig vernünftigen Weg beschritten: die Sicherheitsstandards in unseren Nachbarländern soweit wie möglich dem unbestritten führenden Niveau bundesdeutscher Reaktortechnik anzugleichen.

Ein deutscher Ausstieg aus der Kernenergie würde nicht nur für uns schwere wirtschaftliche und vor allem umweltschädliche Folgen haben, sondern dem internationalen Bemühen um höhere Reaktorsicherheit weltweit schweren Schaden zufügen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Wahlkampfzeitung findet großes Interesse

In einer Auflage von 1,3 Millionen Exemplaren wird auch an diesem Wochenende die neueste Ausgabe der Wahlkampfzeitung „Rheinland-Pfalz am Wochenende“ von freiwilligen Helfern der rheinland-pfälzischen CDU an alle Haushaltungen verteilt. „Rheinland-Pfalz am Wochenende“ informiert die Bürger über die Landtagswahl vom 17. Mai 1987.

★

„Wir machen unsere Stadt wieder sicher“, so lautet eine Schlagzeile der neuesten Ausgabe der Wahlkampfzeitung „Hamburg am Wochenende“, die seit dem 1. Mai an in einer Auflage von 700 000 Exemplaren an alle Haushaltungen in Hamburg verteilt wird. Mit vielen politischen, aber auch sportlichen und kulturellen Informationen will die CDU mit „Hamburg am Wochenende“ die Bürger auf die Wahlentscheidung am 17. Mai 1987 aufmerksam machen.

CDU/CSU-Dokumentation: Grüne und Gewalt

Die Grünen verkaufen sich selbst gern als „Friedensfreunde“, die mit Blumen in den Händen in die Länderparlamente und den Bundestag eingezogen sind. In einer 50seitigen Broschüre (2. überarbeitete Auflage) versucht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dagegen nachzuweisen, daß Teile der Grünen:

- Gewalt nicht konsequent ablehnen, sondern von Fall zu Fall als ein legitimes Mittel der Politik ansehen;
- Verstöße gegen Gesetze befürworten;
- Gewalt gegen Sachen nicht ablehnen;
- manchem Terroristen mit Sympathie begegnen.

Nach ihren Dokumentationen „Die Kader der Grünen“ und „Grüne und Geld“ ist dies die dritte Dokumentation der Unionsfraktion über die grüne Partei. Die Broschüre „Grüne und Gewalt“ können Sie über die Pressestelle der Bundestagsfraktion abrufen: 5300 Bonn 1, Bundeshaus.

UID

16/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.